

Gold auf dem Weltmarkte mehr werth sind, als 10 Fr. in Silber, gesetzlich aber in den Ländern der lateinischen Münzkonvention gleichen Werth haben. Das öster. Achtguldenstück beispielsweise hat einen gesetzlichen Werth von 8 Gulden und wird auch im Auslande, da es vornehmlich ist, zu 20 Fr. angenommen, wollen wir aber dasselbe bei uns oder in Oesterreich mit den ebenfalls gesetzlich in seinem vollen Werth verbliebenen Silbergulden kaufen, so kostet es uns 40 fr. mehr als die gesetzliche Lage von 8 Gulden. Der Silbergulden erleidet also da, wo er höher genommen werden muß, als er auf dem Weltmarkte tagirt wurde, einen Zwangskurs.

Nicht das Gold und nicht das neben demselben staatlich zum Vollwerthe garantierte Silbergeld sind im Werthe gestiegen, sondern das Silber mit den kursirenden und nicht zum vollen Nennwerth vom Staate Oesterreich garantierten Silbermünzen sind im Werthe gefallen, davon machen unterdessen noch die öster. Thaler eine löbliche Ausnahme.

Blicken wir zurück auf das Jahr 1858, wo die Conv. Münze in Oesterreich und die süddeutsche, oder vielmehr die Reichswährung in Liechtenstein in neue öster. Währung umgewandelt wurden; 100 fl. ö. W. wurden damals tagirt zu 116 fl. 40 fr. südd., oder 114 fl. 17 fr. R. W. Heute bekommen wir aber für 100 fl. ö. W. nicht mehr die 116 fl. 40 fr. südd. W., sondern je nach dem Kurse noch etwa 111 fl. 10 fr.

Wir verlieren also bei unserem Verkehre mit dem Auslande alle Tage, weil unser Geld hauptsächlich für ausländische Produkte abfließt — nach der Schweiz und nach Deutschland. Selbst an dem Mehle, welches wir auf unserem nächsten Markte in Feldkirch ankaufen — aber deutsches Produkt ist — an Kaffee und anderen Kolonialwaaren wird jährlich eine große Summe eingebüßt. Der Kapitalist, die Fonds, die Sparkasse &c. kommen hiedurch nach und nach in eine üble Situation. — 1000 fl. ö. W. die bis Anfangs 1873 irgendwo plazirt wurden und mit allem möglichen Unterpfande sichergestellt schienen und damals einen Werth von 2500 Fr. = 2000 Mark oder 1166 fl. 40 fr. süddeutsch hatten, erreichen nach den jetzt eingetretenen Verhältnissen nur noch einen Werth von 960 fl. oder 2400 Fr. &c. —

Daß unser Ländchen und sein Kredit hiedurch in eine fatale Lage gebracht wurden, wird wohl niemand läugnen. Dieses höchst mißliche Verhältniß wird aber so lange bei uns fortbauern, bis von kompetenter Seite die entsprechenden Gegenmaßregeln getroffen werden. Ob dies überhaupt, oder jetzt schon, wie es wünschenswerth erscheint, thunlich ist, vermögen wir nicht mit Sicherheit zu beurtheilen.

Nach unserer schwachen Anschauung bliebe in erster Linie wohl nichts anderes zu thun übrig als den Zwangskurs, der bei uns auf dem öster. Silbergulden liegt, zu lösen. Franken und Marken werden dann bald wieder neben ihm zirkuliren und auch an Scheidemünze wird es uns nicht fehlen. Die Zollgefälle würden uns nach wie vor, theils in Silbergulden und theils in Banknoten in die Landeskasse abgeführt werden, wie auch die öster. Zollämter ferner gehalten wären den Gulden zu seinem vollen Nennwerthe anzunehmen. Mühen dürfte es dem Staate Oesterreich wohl gleichgültig sein — trotz Zollvertrag — wenn Liechtenstein bei seinem innern Verkehre, ferner mit der Schweiz und Deutschland nach Franken oder Marken rechnete oder nach Gulden à 2½ Fr. Nach Vorarlberg selbst können wir ja doch nur Banknoten brauchen und es wird deshalb am alten Handels- und Münzverhältnisse in dort nichts gestört, auch prägen wir kein eigenes Geld, um Oesterreich damit zu belästigen.

Für Liechtenstein, dessen Geldabfluß mehr nach der Schweiz und Deutschland geht, ist der österreichische Gulden faktisch schon entwerthet und tagirt, sobald er in die Landeskasse fließt. Wäre es daher nicht auch das Richtige und Natürliche, wenn dieses Silber von der Landeskasse in seinem reellen Werthe nach dem Tageskurs in Zirkulation gesetzt, und abgesehen von

den öster. Zolleinnahmen, auch nicht höher angenommen würde? Diese wichtige Frage erscheint wenigstens uns als eine wohl beherzigenswerthe Frage der Zeit, obwohl unsere kundgegebenen Ansichten noch näher erwogen sein wollen.

Politische Rundschau.

Deutschland. Die Thronrede, womit der Reichskanzler, Fürst Bismark, im Namen des Kaisers den deutschen Reichstag eröffnet hat, enthält mit Ausnahme des Schlusssatzes keine besonders auffallenden Stellen. Die Hauptvorlagen, welche sie ankündigt, betreffen das Militärgesetz und das Reichspresgesetz. Der Schlusssatz, welcher die auswärtigen Beziehungen und friedlichen Absichten betont, heißt wörtlich: „Unsere auswärtigen Beziehungen berechtigen zu der Ueberzeugung, daß alle fremden Regierungen gleich der unsrigen entschlossen und bestrebt sind, der Welt die Wohlthaten des Friedens zu bewahren und sich durch keine auf Störung desselben gerichteten Parteibestrebungen in dieser Fürsorge und in ihrem gegenseitigen Vertrauen irre machen zu lassen. Die sich wiederholenden Begegnungen mächtiger friedliebender und einander persönlich nahestehender Monarchen, und die erfreulichen Beziehungen Deutschlands zu den uns durch geschichtliche Traditionen befreundeten Völkern geben Sr. Majestät dem Kaiser jedenfalls das feste Vertrauen auf die gesicherte Fortdauer des Friedens, welches ich auszusprechen den allerhöchsten Auftrag habe.“

Ueber die fortdauernde Stocung der Geschäfte schreibt ein Berliner Korrespondent der A. A. Ztg.: Während die reicheren Fabrikbesitzer sich bereits genöthigt gesehen haben, den Arbeitslohn herabzusetzen, um überhaupt noch fortarbeiten zu können, haben die weniger bemittelten Fabrikanten sich entschließen müssen, die Arbeitskräfte mehr und mehr einzuschränken, und viele von ihnen werden sehr bald gezwungen sein, ihre Fabriken ganz zu schließen. Am härtesten sind von dieser Kalamität die Posamentierer, die Knopfmacher, Dreher, Holzbildhauer, Tischler und Lederwaaren-Arbeiter betroffen, denen es fast ganz an Arbeit fehlt, so daß ihre Lage nachgerade ernste Besorgnisse erregt. Weiteren Grund zur Unzufriedenheit gibt der plötzlich den österreichischen Viertelguldenstücken erklärte Krieg, der gerade den kleinen Mann sehr empfindlich berührt, da die wohlhabenderen Klassen nicht davor zurückschrecken, den Handwerker und Arbeiter mit dieser Münze zu bezahlen, und selbst die städtische Kasse keinen Anstand genommen haben soll, Lehrern und Lehrerinnen und anderen Gemeindebeamten ihre Gehalte in dieser Münzsorte zu verabsolgen, obgleich sie selbst diese Münzsorte zurückweist.

Oesterreich. Der betreffende Ausschuss des Abgeordnetenhauses hat sich über den aus der Mitte des Hauses hervorgegangenen Antrag auf Aufhebung des Zeitungs- und Kalenderstempels (die Regierung hat bekanntlich nur die Aufhebung der Inseratensteuer beantragt) schlüssig gemacht. Trotz des vor allen Dingen durch finanzielle Bedenken begründeten Widerspruchs der Regierung hat sich der Ausschuss mit großer Mehrheit dahin entschieden: daß der Kalenderstempel, gleichviel ob die Kalender im Inland oder im Ausland erscheinen, unbedingt, der Zeitungsstempel aber wenigstens für inländische Zeitungen, und zwar jener vom 1. Oktober 1874, dieser vom 1. Januar 1875 ab, zu entfallen habe.

Neueren Berichten zufolge hat das Abgeordnetenhaus die Aufhebung der Inseratensteuer vom 1. Juli d. J. ab bereits beschlossen.

Ueber die Katastrophe des Generals v. Gablenz schreibt die wohlunterrichtete „Berliner Börsenzeitung“:

Der General hatte gespielt und zwar an allen Ecken und Enden, er hatte um furchtbar hohe Einsätze gespielt, und zwar in Affairen, von denen er vor Allem seine Hände absolut hätte